

MEDIENMITTEILUNG

Bern, 1. Dezember 2016

hotelleriesuisse und GastroSuisse fordern unbürokratischen Inländervorrang bei der Masseneinwanderungsinitiative.

Nach der heutigen Debatte zur Masseneinwanderungsinitiative steht dem Ständerat nun eine Differenzbereinigung mit dem Nationalrat bevor. hotelleriesuisse und GastroSuisse nehmen den Entscheid über eine verschärfte Version des Inländervorrangs zur Kenntnis, lehnen die Interview- und Begründungspflicht aber vehement ab. Die Verbände werden sich in diesem Zusammenhang weiterhin für effiziente Massnahmen einsetzen, die eine Entlastung im Bereich der Zuwanderung bringen, jedoch wirtschaftsfreundlich und mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen kompatibel sind.

Der Ständerat hat in der heutigen Wintersession die Revision des Ausländergesetzes diskutiert, mit der die Masseneinwanderungsinitiative umgesetzt werden soll. In diesem Zusammenhang wurden die Vorschläge des Nationalrats massiv verschärft, wodurch der bürokratische Aufwand und die Kosten bei der Personalrekrutierung bedeutend erhöht würden. Nun steht eine Differenzbereinigung im Parlament bevor.

Mit Blick auf die Umsetzung des Inländervorrangs befürworten die arbeitsintensiven Branchen eine Meldepflicht offener Stellen an die öffentliche Arbeitsvermittlung (RAV) und sind überzeugt, dass damit die Chancen der stellensuchenden Inländer verbessert werden können. Jedoch lehnen die Verbände obligatorische Vorstellungsgespräche und eine Sanktionierung derselben bei Nichtbeachtung vehement ab. Gerade in der Saison müssen Stellen rasch und unbürokratisch besetzt werden können. Die Verbände fordern, dass der Nationalrat in der parlamentarischen Differenzbereinigung eine für alle Branchen kompatible Lösung beschliesst.

Medienkontakte:

hotelleriesuisse
Christophe Hans
Telefon: 031 370 41 40
media@hotelleriesuisse.ch

GastroSuisse
Casimir Platzer
Telefon 044 377 53 53
communication@gastrosuisse.ch